Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

24. Sitzung (07.05.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

24. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 7. Mai 1919.†)

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Justizminister Trunk, Finanzminister Dr. Wirth, Generaldirektor der Staatseisenbahnen Staatsrat Schulz, die Ministerialdirektoren Geh. Oberfinanzrat Moser und Geh. Oberregierungsrat Herrmann, Betriebsinspektor Stadelhofer; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Horter, Jost, Kräuter, Otto, Saenger, Schön, Spang, Venedey und Vogel.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kopf und des I. Vizepräsidenten Maier.

Tagesordnung.

*) Kurze Anfrage der Abgg. Spengler und Karl, den Eisenbahnverkehr betr.

Hierauf:

) I. **Mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über den IV. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 u. 1919 (vgl. Drucks. Nr. 17c),

Berichterstatter Abg. Goehring.

*) II. Begründung und Beantwortung der Interpellationen
a. der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. Drucks. Nr. 19),
b. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Mißstände im stehenden Heer betr. (Drucks. Nr. 2), sowie der Abgg. Schell u. Gen., das stehende Heer und die Landarbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 2a),
c. der Abgg. Spang u. Gen., den Schutz der persönlichen und Preßfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20), sowie der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20a).

†) Die Einberufung der Versammlung zu einem früheren als dem in der letzten Sitzung bestimmten Termin (13. Mai) hat sich mittlerweile als notwendig erwiesen.

*) Die Kurze Anfrage an der Spitze und die Interpellationen unter Ziff. II der Tagesordnung kamen nicht zur Erledigung

**) Der Gegenstand unter Ziff. I stand nicht auf der ausgegebenen Tagesordnung (s. Text des Protokolles).

Die Sitzung wird eröffnet um 10 Uhr.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Begrüßung. Zunächst werden folgende Eingänge bekanntgegeben.

A. Petitionen:

1. Beitritt des Verkehrsvereins sowie des Arbeiter- und Soldatenrats Bonndorf zu der Petition der Gemeinden des Schlüchttals um Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie;
2. Bitte einer Anzahl von badischen, zum Heeresdienst eingezogen gewesenen Beamten um Gewährung der einmaligen Teuerungszulage vom September 1918;
3. Bitte des Vereins badischer Handelslehrer um Berücksichtigung der in seiner Denkschrift über Gehaltsverhältnisse, dienstliche Stellung und Ausbildung dieser Lehrer niedergelegten Wünsche;
4. Bitte der Oekonomen an den Heil- und Pflegeanstalten Illenau, bei Konstanz und Wiesloch, die Anstellungsverhältnisse der Oekonomen in den Heil- und Pflegeanstalten betr.;
5. Zweite Eingabe des Sergeanten- und Soldatenrats Stulz in Ettlingen mit neuen Vorschlägen zur Linderung der Lebensmittelnot.

Diese Eingaben (OZ. 1—5) gehen an die Haushaltskommission.

6. Bitte des Reichsausschusses für akademische Berufsstände, den Ausschluß weiblicher Studierender vom Studium der Universität Heidelberg betr.;
7. Vorstellung des Reichsverbands reisender Gewerbetreibender Deutschlands gegen das Verbot von Messen und Märkten;
8. Bitte des ehemaligen Feldwebels und Kriegsbeschädigten K. Kaiser in Karlsruhe um Unterstützung aus Mitteln der Kriegsbeschädigtenfürsorge;
9. Bitte des Hochbautechnikers J. Droxler in Karlsruhe um Hilfe in seiner Notlage;
10. Verwahrung des Handelsschutz- und Rabattsparvereins Schopfheim-Schönau in Zell gegen die Vergemeindung der Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Bearbeitung und des Vertriebs von Nahrungs- und Genußmitteln;
11. Bitte des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverbande, die Kommunalisierung der Lebensmittelgewerbe, hier insbesondere des Fleischergewerbes betr.;
12. Bitte des Landwirts A. Weber in Oberdielbach um Entlassung seines Sohnes aus der Volksschule;

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

13. Bitte des Sergeanten a. D. G. Knapp in Muggental um Beistand zur Erlangung seiner Kriegslöhnung;
14. Bitte des Kriegsteilnehmers E. Schaefer in Meßkirch um Beistand zur Erlangung des badischen Kriegsverdienstkreuzes;
15. Bitte einer Anzahl von in Basel wohnhaften Ruhe- und Versorgungsgehaltsempfängern um Auszahlung ihrer Gehälter in Frankenwährung;
16. Bitte des G. Schmidt in Heidelberg um Beistand zur Wiedererlangung seiner früheren Geschäftsbeziehungen zum Leihhaus und zur Ortskohlenstelle in Heidelberg;
17. Bitte des Kriegsteilnehmers B. Nigg in Worndorf um Unterstützung zur Erlernung eines Berufs.

Diese Eingaben (OZ. 6—17) gehen an die Petitionskommission.

B. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Krankheitsanzeige des Abg. Jost infolge eines Unglücksfalles und Urlaubsgesuch der Abg. Kräuter wegen beruflicher Verhinderung.

Dient zur Kentnisnahme. Der erbetene Urlaub wird erteilt.

2. Antrag der Abgg. Rausch u. Gen., die Organisation der Kommunalverbände betr.

Gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 28) und wird k. H. an die Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

3. Antrag der Abgg. Albietz u. Gen., die Erhaltung des nötigen Viehbestandes und die Erhöhung der Schlachtviehpreise betr.

Gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 8g) und wird k. H. an die Haushaltskommission überwiesen.

C. Regierungsmitteilungen:

1. Schreiben des Ministers des Innern vom 25. April 1919, womit er die Übersicht über das endgültige Ergebnis der Volksabstimmung über die Verfassung und die Fortdauer der Nationalversammlung als Landtag nebst den bezirksweisen Zusammenstellungen mit dem Anfügen zur Vorlage bringt, daß die Veröffentlichung in der Karlsruher Zeitung erfolgt ist.

Dient zur Kenntnisnahme.

2. Schreiben des Ministers des Innern vom 10. u. 12. April 1919 und mündliche Mitteilung desselben, wonach er bereit ist, die Interpellationen

a) der Abgg. Spang u. Gen., den Schutz der persönlichen und Preßfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20), sowie der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die persönliche und Gewissensfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20a),

b) der Abgg. Venedey u. Gen., die Aufteilung des Großgrundbesitzes betr. (Drucks. Nr. 8 c),

zu beantworten.

Dienen zur Kenntnisnahme.

3. Schreiben desselben Ministers vom 9. April 1919, wonach die Interpellationen der Abgg. Goerlacher u. Gen., Hahn u. Gen. sowie Niederbühl u. Gen., die Notlage in Handwerk und Industrie betr. (Drucks. Nr. 7, 7a, 7b), im Einvernehmen mit den Interpellanten ihre Beantwortung und Erledigung auf besonderem Wege gefunden haben.

Dient zur Kenntnisnahme. Die einschlägigen Aktenstücke liegen für die Mitglieder des Hauses zur Einsicht auf.

4. Schreiben des Arbeitsministeriums vom 28. April 1919 zu der Interpellation der Abgg. Fehn u. Gen., die Beleuchtungsfrage und die elektrische Energie betr. (Drucks. Nr. 22).

Das Schreiben gelangt zur Verlesung, und wird damit im Einverständnis mit den Interpellanten die Angelegenheit für erledigt erklärt.

5. Schreiben des Staatsministeriums vom 30. April 1919 mit dem gemäß Art. 20 des Gesetzes vom 25. August 1876, die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer betr., erstatteten Bericht der letzteren für das Geschäftsjahr 1. Juli 1917/18 nebst Anlagen.

Die Vorlage gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 29) und geht k. H. an die Haushaltskommission.

6. Schreiben des Finanzministeriums vom 5. Mai 1919, womit es im Auftrag des Staatsministeriums den Entwurf eines IV. Nachtrages zum Staatsvoranschlag für 1918/19 zur Vorlage bringt.

Diese Vorlage (vergl. Drucks. Nr. 17c) ist vorbehaltlich der Zustimmung des Hauses bereits an die Haushaltskommission abgegeben worden und wird im Einverständnis mit dem Hause nachträglich noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

D. Sonstiges.

1. Schreiben der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung vom 15. April 1919 mit einer Flugschrift „Das deutsche Friedensfest" nebst Anschreiben für die Mitglieder des Hauses.

Gelangt zur Verteilung.

2. Schreiben des Ausschusses für politische Aussprache vom 6. Mai 1919 mit einer Wiederholung der den Mitgliedern des Hauses bereits unter ihrer heimatlichen Adresse zugesandten Einladung zu dem am Mittwoch den 7. Mai abends 1/2 8 Uhr im großen Rathaussaal dahier stattfindenden Vortrag des Professors Dr. W. von Blume in Tübingen über „Deutschlands Erneuerung".

Diese Einladung wird verdankt und fürsorglich auch hier zur Kenntnis gebracht.

(Weitere Eingänge siehe am Schluß des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Zu Ziff. 1: IV. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918/19 (vergl. Drucks. Nr. 17c)

erhält zunächst Abg. Goehring das Wort. Derselbe

erstattet namens der Haushaltskommission den mündlichen Bericht und beantragt:

I. die im IV. Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthaltenen Ausgaben unter Hauptabteilung VII, Verkehrsanstalten, Kapitel 1b. Eisenbahnbetriebsverwaltung, Titel II, III, IV, VI und VII mit 44 248 000 ℳ zu genehmigen,

II. zu beschließen:

1. Das Finanzministerium und die Generaldirektion werden ersucht und ermächtigt, bis zum 15. Mai d. J. den sämtlichen Arbeitern, auf welche der Tarifvertrag sich erstreckt, einen Vorschuß in Höhe von 70 Hundertteilen ihres Monatsverdienstes auf diejenigen Nachzahlungen zu gewähren, welche die Arbeiter nach dem Tarifvertrag für die Zeit seit dem 1. März 1919 zu beanspruchen haben.
2. Das Finanzministerium wird ersucht, alsbald dem Landtag eine Gesetzesvorlage zu machen, durch welche den Beamten eine Ausgleichszulage gegenüber den Lohnerhöhungen gewährt wird, welche die Eisenbahnarbeiter durch den neuen Tarifvertrag erhalten.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort: Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Müller-Karlsruhe und Fleig, Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Ihrig und Amann, Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Habermehl, Schell, Heurich (der Präsident mahnt gegenüber den störenden Zwischenrufen zur Ordnung), Marum, Dr. Schofer und Roesch.

Präsident Kopf hat den Vorsitz während der Rede des Abg. Amann an den I. Präsidenten Maier abgegeben und während der Rede des Abg. Heurich ihn wieder übernommen. Im Anschluß an die Rede des Abg. Dr. Schofer hat er den von zwei Mitgliedern des Hauses gebrauchten Ausdruck „Demagogie" beanstandet.

Die allgemeine Beratung wird beschlossen.

Das Schlußwort erhält Berichterstatter Abg. Goehring. Hierauf ergreift Finanzminister Dr. Wirth nocheinmal das Wort; in der daraufhin wiedereröffneten allgemeinen Beratung meldet sich niemand mehr zum Wort.

In der Einzelberatung, in der der Präsident sämtliche Titel und Paragraphen des Nachtrags aufruft, ergreift ebenfalls niemand das Wort.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Kommissionsantrag in allen Teilen angenommen.

Nach einer sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte über die Geschäftslage und die nächste Sitzung, an der sich außer dem Präsidenten die Abgg. Dr. Schofer, Roesch, König, Eberhardt, Marum und Staatspräsident Geiß beteiligen, wird beschlossen, dem Präsidenten die Bestimmung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung zu überlassen.

Alsdann werden noch folgende Eingänge bekanntgegeben:

1. Petition einer Anzahl von Lebküchnern in Walldürn um Zuweisung von Rohstoffen.

   Diese Petition wird der Petitionskommission überwiesen.
2. Kurze Anfrage der Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch u. Gen., Schutz der Interessen der aus dem Ausland zurückgekommenen Badener betr.

   Die Anfrage geht zunächst an die Regierung.
3. Antrag der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., die Überführung der bad. Staatseisenbahnen in die Verwaltung des Reiches, hier die Wahrung der badischen Interessen sowie der Ansprüche der Beamten und Arbeiter betr.
4. Antrag der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., die Schaffung von Reichseisenbahnen, hier die Wahrung der Ansprüche der badischen Beamten und Arbeiter betr.

   Die Anträge unter 3 und 4 gelangen zum Druck (Drucks. Nr. 5c u. 5d) und werden k. H. der Haushaltskommission überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:	Die Schriftführer:
Kopf	Karl.
Der I. Vizepräsident:	v. Gleichenstein.
Maier.	

---

25. öffentliche Sitzung.

Karlsuhe, den 16. Mai 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Justizminister Trunk, Finanzminister Dr. Wirth und Staatsrat Dr. Haas; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Duffner, Hamann, Jost, Dr. Koenigsberger, Müller-Schopfheim, Otto, Roesch, Saenger, Siebert, Venedey und Vogel.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den feindlichen Friedensbedingungen.

Die Sitzung wird eröffnet um 3/4 10 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg